
WIRTSCHAFTSTHEORIE UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Rezension von: Wirtschaftstheorie
und Wirtschaftspolitik. Gedenkschrift
für Erich Preiser. Hrsg. von Wolfgang
J. Mückl und Alfred E. Ott. Passavia
Universitätsverlag, Passau 1981

Wenn in einer Gedenkschrift der zu Ehrende als ein Forscher beschrieben wird, der die Fähigkeit besaß, auch komplizierte Probleme verständlich und plastisch darzustellen, der neben den „rein ökonomischen“ die sozialen Aspekte und Hintergründe des Wirtschaftslebens gebührend berücksichtigt und immer wirtschaftspolitische wichtige Fragen aufgeworfen hat, dann müssen sich die Beiträge an diesem Anspruch messen lassen. Dem Anspruch der wirtschaftspolitischen Relevanz wird denn auch schon dadurch Rechnung getragen, daß fast alle Aufsätze wirtschaftspolitisch wichtige Fragen aufwerfen, ein gutes Drittel verteilungstheoretischen und -politischen Problemen gewidmet ist.

So greift Bombach Preisers These und Sorge um die Ungleichheit der Vermögensverteilung auf und fragt, wie weit durch die Einbeziehung der kapitalisierten Ansprüche an die Sozialversicherung die Ungleichheit eine Einschränkung erfahre: Stellen die kapitalisierten Ansprüche Vermögen dar? Die Kapitalisierung veranschaulicht ein vieldiskutiertes Problem der Gegenwart – das Problem des realen Ressourcentransfers zwischen den Generationen. Das übliche Argument für die Einbeziehung des Rentenvermögens beruht darauf, daß man ohne dieses soziale Netz Rücklagen hätte schaffen, d. h. Vermögen akkumulieren müssen. Ein eindimensionales Ur-

teil ist jedoch nicht möglich, da zumindest fünf Kriterien dafür ausschlaggebend sind: Disposition über das Vermögen zu jedem beliebigen Zeitpunkt, Vererbbarkeit, Begründung individueller Macht, Möglichkeit der Substanzerhaltung bei Inflation und die Erzielung eines realen Vermögensertrages. Die Kriterien 1 bis 3 sprechen gegen, Kriterien 4 und 5 für das Akzeptieren als Vermögen. Bei der Diskussion um die einzelnen Kriterien macht Bombach auch deutlich, daß Volksvermögen als Nullsummen-Spiel betrachtet werden muß: die Kapitalisierung der Rentenansprüche ermöglicht die Projektion eines mit Sicherheit kommenden, künftigen Konflikts in die Gegenwart und zeigt, daß jede Revision der Sozialwerke ein Stück Vermögenspolitik mit kaum durchschaubaren Auswirkungen ist.

Die Diskrepanz zwischen den vielen Untersuchungen über Ursachen und Entwicklung von Inflationsprozessen einerseits und der geringen Anzahl von Untersuchungen über Inflationswirkungen andererseits greift Gruber auf und gibt einen Überblick über Ansätze, wie Verteilungswirkungen von Inflation analysiert werden können. Das eigentliche Feld der Verteilungsänderungen ist das der nicht-antizipierten Inflation (da die voll antizipierte im Realfall nicht existiert und selbst diese zumindest Anpassungskosten erfordert); dabei besteht die Schwierigkeit, daß sich Verlierer und Gewinner der Inflation nicht den herkömmlichen Kategorien der Einkommensbeziehergruppen zuordnen lassen – vor allem personelle Verteilungskategorien sind Querverteilungen, d. h. daß auf eine Person verschiedene von der Inflation unterschiedlich betroffene Einkommensarten fallen; auch der Nettoeffekt der Inflation auf dem staatlichen Sektor ist keineswegs eindeutig. Anschließend skizziert Gruber vier Richtungen, von denen aus Vorarbeiten zur Analyse von Verteilungswirkungen geleistet wurden und diskutiert, wel-

che Art von Verteilungsgleichung und von Inflationsmodellen zweckmäßigerweise zugrundegelegt werden soll.

Der Frage, ob Klassenverteilung oder Gleichverteilung in der BRD vorherrscht, geht Huber nach: Lassen sich Evidenzen für eine „Klassengesellschaft“ dahingehend finden, daß sich die qualitativen Gegensätze in einkommensmäßigen quantitativen Unterschieden ausprägen, niedrigen Arbeitseinkommen somit hohe Besitz-einkommen gegenüberstehen? Die Hypothese scheint sich zunächst zu bestätigen. Abgestellt auf prototypische Einkommensarten (Einkommen aus unselbständiger – selbständiger Arbeit, aus öffentlichen Renten bei Nichterwerbstätigen) läßt sich eine Klassentypik erkennen: Diese Einkommen stellen jeweils zwischen 70 und 85 Prozent der fraglichen Haushaltseinkommen. Stellt man jedoch auf die Anteile ab, die die diversen Haushaltsgruppen an verschiedenen Einkommensarten haben, wird eine Querverteilung sichtbar. Trotz der Schwerpunktbildung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit bei den Haushalten der Unselbständigen (93 Prozent) fließen nur 65 Prozent der typischen „Kapitalisten“-Einkommen in die Haushalte der Selbständigen. Wesentlich an der Untersuchung ist jedoch nicht so sehr die Tatsache, daß die Einkommensverteilung in hohem Maße durch das Phänomen der Querverteilung charakterisiert ist, sondern in welchen Formen sie nachzuweisen ist. Die erste Form waren die Anteile, die die diversen Haushaltsgruppen an den verschiedenen Einkommensarten haben. Aber auch in anderer Hinsicht stehen sich die „Kernklassen“ – Arbeiter mit ihrem Lohn, Kapitalisten mit ihrem Profit – nicht als eindeutig geschiedene Blöcke gegenüber: In Ansehung der Einkommensniveaus sind die beiden Klassen in keiner Weise kohärent. Die Dominanz bestimmter Einkommensarten auf Klassen ist so wenig gegeben wie die innere Homogenität der Klassen. Insgesamt: Der

Begriff der Klassenverteilung hat zwar in wohldefinierten theoretischen Modellen seinen guten Sinn, nicht aber taugt er zur Charakterisierung der tatsächlichen Distributionsverhältnisse.

Bei der Behandlung der Rolle des Kapitalexportes für eine Stabilisierungspolitik befaßt sich Konrad indirekt mit Verteilungsfragen, als er als Hindernis für dessen Einsatz das Verschuldungsproblem von Entwicklungs- und Schwellenländer ansieht und dessen Lösungsmöglichkeiten diskutiert: Bei einem konstanten jährlichen Bruttokapitalexport erfolgt schon sehr bald die Nettokapitalbewegung in Richtung des kapitalgebenden Landes, weil Zinsen und Amortisationszahlungen den Kapitalexport überkompensieren. Als neue Ansätze zur Lösung des Verschuldungsproblems werden Schuldenerlaß, der „link“ und eine internationale Besteuerung vorgeschlagen. Alle drei Formen sind jedoch nicht ohne Schwierigkeiten: Der Schuldenerlaß kann u. U. durch den Ausfall eines jährlichen Rückstromes an Schuldendienstleistungen die Vergabe neuer Mittel beeinträchtigen; da ein Schuldenerlaß praktisch einer ungebundenen Budgethilfe gleichkommt, wäre nicht einmal mehr jenes Minimum an wirtschaftlich sinnvoller Verwendung garantiert, das bisher durch die Methode der Projektbindung gesichert wird; ein modifizierter Schuldenerlaß würde gerade jene Länder benachteiligen, die sich um ein geordnetes Finanzwesen bemüht haben und würde zudem einem impliziten Eingeständnis der Zahlungsunfähigkeit gleichkommen, wodurch die Kreditwürdigkeit auf den privaten Finanzmärkten leiden würde. Die zweite Variante in der Form der Zuteilung von Sonderziehungsrechten an Entwicklungsländer, die sich die Industrieländer durch Leistungsbilanzüberschüsse verdienen müßten, käme einem Zwang gleich, die Währungsreserven statt in Devisen in einem künstlichen Reser-

vemedium zu halten, das von einem supranationalen Gremium mit noch nicht absehbarer Stimmrechtsverteilung verwaltet wird. Die Erschließung eigener Steuerquellen für die Entwicklungsfinanzierung schließlich erfüllt das Erfordernis des Gleichschritts aller Geberländer nur teilweise.

Die Fruchtbarkeit des Preiserschen Denkansatzes und sein Einbeziehen klassischen Gedankengutes zur Frage von „Wachstum und Einkommensverteilung“ zeigen Kurz/Kalmbach auf und stellen die Konturen eines Ansatzes dar, der der klassischen Tradition verpflichtet ist und „neu“-klassisch den Zusammenhang von Preissystem und Einkommensverteilung interpretiert. Für diese neuklassische Denkweise ist die Rolle und Behandlung der Produktion wesentlich – im Unterschied zur Neoklassik betont sie den zirkulären Charakter der Produktion. Kurz/Kalmbach bemühen sich aufzuzeigen, daß der Vorwurf der Mißachtung des Allokationsaspekts seitens der Neoklassik fehlt – in dieser Theorie steht die Allokation ebenfalls im Mittelpunkt, wenn man darunter Allokation des Surplus versteht. Daraus resultiert auch eine unterschiedliche Rolle der Preise und Verteilung. Die Autoren bieten einen guten Überblick über die Debatte um ein alternatives Paradigma der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse und können die Richtung einer neuen geforderten Theorie aufzeigen.

Lampert ruft das vermögenspolitische Vermächtnis Preisers in Erinnerung und plädiert dabei gleichzeitig für eine stärkere Beachtung dieser wirtschaftspolitischen Dimension. Lampert wiederholt die wesentlichen Stadien der verteilungspolitischen Aussagen Preisers: Der Nachweis, daß die im Vermögensbesitz liegende Macht unabhängig von der auf den Faktormärkten bestehenden Marktform sowohl die personelle als auch die funktionelle Einkommensverteilung beeinflusst, weil die Besitzvertei-

lung die Elastizität des Arbeitsangebotes bestimmt; daß es die Scheidung von Besitz und Nichtbesitz ist, die ein Quasimonopol auf dem Arbeitsmarkt begründet und somit das letzte Proletariatsmerkmal, nämlich die Vermögenslosigkeit vieler Arbeiter, darstellt; daß die Grenzproduktivitätstheorie nicht in der Lage ist, Normen für praktische Lohnpolitik zu liefern, daß ihr Beitrag zur Erklärung der Einkommensverteilung in der Erklärung der relativen Höhe von Arbeitseinkommen einerseits, Besitzeinkommen andererseits liegt und komplementär zur Klassenmonopoltheorie der Verteilung ist. Lampert deutet schließlich die Ansatzpunkte Preisers für eine Vermögenspolitik an: den Investivlohn und die Ertragsbeteiligung (besonders ersterem ist er, laut Bombachs Artikel, jedoch skeptisch gegenübergestanden). Irgendwie hätte man sich doch erwartet, auch deren Schwierigkeiten angedeutet zu bekommen.

Der kontroversen Frage nach optimalen Instrumenten für verteilungspolitische Zwecke geht Lüdeke nach und prüft, ob Sachtransfers oder monetäre Transfers zu präferieren sind, ob vor allem Subventionen wirklich ungenauer sind als monetäre Transfers: Unter welchen Bedingungen ist eine größere distributive Wirksamkeit von Sachtransfers eher zu erwarten als bei monetären Transfers ohne Verwendungsaufgabe. Mittels zweier Modelle – eines grenzproduktivitätstheoretischen Verteilungsansatzes und eines kreislauftheoretischen Ansatzes Kaldorianischen Typs – ergibt sich ein Ansatzpunkt für größere distributive Zielwirksamkeit einer Subventionspolitik. Daraus folgt zugegebenermaßen nicht zwangsläufig ein Plädoyer zugunsten von Subventionen. Neben den groben Verteilungsgrößen – im wesentlichen die unterschiedlichen Faktoreinkommensbezieher – ist die Relevanz der unterstellten Verteilungsmechanismen zu ungewiß und die Kenntnis über die entscheidenden

Parameter zu ungenau.

Mitherausgeber Mückl widmet sich der speziellen intertemporalen Verteilung von Belastungen von kreditfinanzierten im Vergleich zu steuerfinanzierten Staatsausgaben. Im Prinzip ist es mit Hilfe von Staatsausgaben nur möglich, eine Besteuerung der Gegenwart durch eine solche in der Zukunft zu ersetzen. Zwei unterschiedliche Modellansätze versuchen die Frage zu beantworten, ob in dieser „intertemporalen Transaktion“ eine Belastung zu sehen ist, die durch die Staatsverschuldung auf zukünftige Generationen übertragen wird: Buchanan's „utility approach“ bejaht sie grundsätzlich. Dem alternativen Ansatz, dem „aggregate investment approach“, der als „Last“ die zukünftig auftretenden Realeinkommensverluste ansieht, die durch verdrängte private Investitionen entstehen, wird die Vernachlässigung der ebenfalls in die Zukunft verlagerten Steuerverpflichtungen vorgeworfen. Eine operationale Behandlung dieser Problematik versucht Mückl im Rahmen eines makroökonomischen Wachstumsmodells und fragt nach den Differentialwirkungen der unterschiedlichen Finanzierungsmethoden. Als relevante Kriterien ergeben sich die Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität und Änderungen bei der durchschnittlichen Steuerbelastung, die ausgedehnt wird um den Ablauf der Anpassungsprozesse und das Kriterium der Revidierbarkeit der Belastungswirkungen.

Was die Wirtschaftswissenschaft zur Frage der gerechten Verteilung von Vermögen und Einkommen beitragen kann, zeigt Recktenwald ansatzweise auf. Neben einer (zu) ausführlichen Einleitung, in der er gegen moralisierende Simplifikateure und die Anti-

quiertheit eines Zwei-Klassen-Schemas polemisiert, kommt er zu seinem eigentlichen Anliegen: In welchem Ausmaß erfolgt eine Umverteilung der Markteinkommen durch den Staat. Der Globaleffekt der Umverteilung via Staatshaushalt betrug im Jahr 1963 25 Prozent, 1969 20 Prozent, 1973 22 Prozent. Hauptsächlich Lastträger dabei sind die 44–55jährigen, den Löwenanteil der Begünstigung erhalten die Über-65jährigen. Damit wird zunächst der Begriff Gerechtigkeit anhand der Analyse der Einkommensverteilung in seinem Inhalt und in seinen Grenzen spezifiziert; was die ökonomische Wissenschaft noch tun konnte, wird im weiteren nur noch angedeutet: die Kosten von mehr oder weniger Gerechtigkeit absolut und an der Grenze offenzulegen, Zielkonflikte deutlich zu machen, so z. B. zu fragen, was die Umverteilung an Verwaltungsaufwand benötigt, wie die Verteilung der Mühen und Anstrengungen aussieht, die einem gegebenen Einkommen entspricht.

Gedenk- und Festschriften zeichnen sich selten durch Einheitlichkeit weder der Fragestellung noch der Qualität der Beiträge aus. Im vorliegenden Band ist es jedoch weitgehend gelungen, die von Preiser entwickelten Fragestellungen aufzunehmen – insofern ergibt sich eine weite, aber doch vorhandene thematische Konsistenz. Über die verteilungstheoretisch und -politisch relevanten Aufsätze beschäftigen sich eine Reihe weiterer mit wachstumspolitischen Problemen, einige mit dem Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik – alle in einer Qualität, die den Band überdurchschnittlich lesenswert macht.

Michael Steiner